

Kultur, eingewickelt in Wolldecken, flauschig warm

Warum sich in der Kulturszene nicht bemerkbar macht, was sonst noch los ist / Von Mely Kiyak

Die erste deutsche Bühne, die ich besuchte, befand sich in Bremen und ich kann mich nicht an das Stück erinnern, sondern nur an den dicken Teppich im Aufgang. Dann „Dreigroschenoper“ von Brecht und „Macbeth“ von Shakespeare. Das erste habe ich geliebt, weil es wild und leidenschaftlich war und die Lieder mir gefielen, bei dem zweiten bin ich eingeschlafen. Jahrelang habe ich mich noch mit langweiligen Shakespeare Stücken gequält, weil ich dachte, ich müsse mich erziehen. Dass das Defizit vielleicht bei der Inszenierung liegen könnte und nicht bei mir, fiel mir im Traum nicht ein zu denken. Ich gab mein Denken ohnehin am Eingang des Theaterhauses ab. Denn ich ging ins Theater, um so zu tun, als käme ich aus einem anderen Leben. Ich ging auch hin, weil ich das Gefühl hatte, dass ich das, was ich sah, noch mehr lieben könnte, wenn ich verstand, was dort passierte.

Ich machte Abitur und studierte Theaterwissenschaften in Leipzig. Eine der schwerwiegenden Entscheidungen meines Lebens. Das Leipziger Schauspielhaus wurde mein zweites Wohnzimmer. Ich sah alles an, was gespielt wurde. Eine Zeitlang fand ich kritiklos alles gut, dann wieder alles schlecht und dann fing wieder dieses komische Gefühl an. Was hat diese Theaterwelt mit mir zu tun? Warum läßt es mich kalt? Warum schmecken alle Geschichten gleich? Ich kam nicht drauf, was es war. Bis eines Tages das geschah: Mein Vater kam mich in Leipzig besuchen und ich lud ihn ins Theater ein. Wir sahen Büchners „Leonce und Lena“ und auf einmal sah ich es! Wir waren an einem Ort gelandet, der so dermaßen anders war als wir, der so sehr auf die Bedürfnisse von anderen zugeschnitten war, in dem das Publikum so dermaßen anders aussah als wir beide, dass ich beschloss, mein Studium aufzugeben. Denn der Theaterort war eine Stelle, die so hermetisch abgeriegelt war gegen das Milieu aus dem ich kam, dass ich es erst merkte, als ich meinen Vater sah, der sich neben mir langweilte. Nicht, weil wir noch nie gemeinsam im Theater gewesen wären. Nicht, dass wir niemals Bücher gelesen hätten. Es war etwas anderes. Das Stück thematisierte den Lebensüberdruß von Leonce. Seine Langeweile, seine Unentschlossenheit und das alles in einer romantischen Kulisse. Mein Vater aber war mit hunderten anderen Kollegen davon betroffen, dass seine Fabrik schloss, dass er keine Arbeit mehr finden würde und dass er mich nicht angemessen bei meinem Studium unterstützen konnte. Und wir saßen also im Theaterraum und sahen jungen sorglosen Menschen beim Sich-langweilen zu.

Und überhaupt: Wozu an einen Ort gehen, wo immer nur „Leonce und Lena“ von Büchner gespielt wird. Hoch und runter, Landauf, Landab.



Das Kanon sorgt für eine orientalische Klangfarbe im Orchester. Foto: U. Wüster

In jedem Theater, nicht etwa auf den kleinen Nebenbühnen, weil doch ohnehin jeder Theatergänger das Stück in- und auswendig kennt, sondern auf der Hauptbühne. Weil die Interpretation des Regisseurs das Wichtige und immer wieder Zeigenswerte sei, so habe ich es gelernt. Weil man Leonce und Lena in der Gegenwart ausprobieren möchte. Die Gegenwart? Die wird dann so interpretiert, dass man das Ganze mit Popmusik unterlegt, wie es Michael Thalheimer in Leipzig machte, oder mit blauem Licht verstärkt und die Figuren bewegen sich wie in einem Marionettentheater, wie es Robert Wilson im Berliner Ensemble machte. Das ist hübsch anzusehen gewesen, zauberhaft, zugegeben, aber auf Dauer nervt es. Weil es nicht nur um „Leonce und Lena“ geht, sondern auch um „Kasimir und Karoline“ und „Romeo und Julia“. Es geht ums Prinzip Theater in Deutschland. Um diese kleine

inzestuöse Gemeinschaft, die von Stadt zu Stadt zieht, mit den gleichen Geschichten vor ewig gleichem Publikum.

Neulich konnte man in einer Kulturzeitung lesen, welcher Theaterintendant zur neuen Spielzeit wechselt. Ganz schwindelig wurde es einem beim Lesen. Die gleichen zehn Namen, die gleichen zehn Bühnen, einziger Unterschied, die Wechsellerei. Die Intendanten nehmen das ganze Personal und ziehen um. Manche nehmen sogar ihre Stücke mit und führen es am neuen Ort wieder auf oder laden die gleichen Gastregisseure ein. So sind Jahrzehnte vergangen. Die Gesellschaft wurde immer multiethnischer, die Theater aber verschlossen sich nach innen und schauten sich gegenseitig zu. Man braucht gar nicht in das Theater hinein gehen, um sich des alten Eintopfes zu vergewissern, man braucht nur vorne am Eingang stehen und schauen, wer in das Theater hineingeht. Deutsches Publikum, deutsche Kulturelite. Meinen Vater findet man dort nicht. Nicht, weil ihn Theater nicht interessiert, sondern weil ihn dieses Theater nicht interessiert. Und das Theater interessiert sich nicht für meinen Vater. Für mich aber auch nicht.

Das ist nicht in Ordnung so. Wem gehört denn das „Deutsche Theater“? Den Deutschen? Gehören den Migranten nicht auch die Bühnen?

Wieso machen diese ganzen Theaterleute nicht endlich Platz für die Kulturschaffenden, die eine andere Herkunft mitbringen. Sie finanzieren mit ihrem Steuergeld das deutsche Theater. Rein rechnerisch gehört ihnen ein Fünftel der Bühne, denn gemeinsam mit den anderen Migranten nehmen sie auch ein Fünftel der Gesellschaft ein. Also wo ist das Fünftel nichtdeutscher Regisseure, Dramaturgen, Bühnenbildner, Musiker, Autoren und Schauspieler. Im Theater „Ballhaus Naunynstrasse“ in Berlin Kreuzberg jedenfalls gibt es eine solche Bühne, auf der Kultur gemacht wird und wenn Feridun Zaimoglu

sein neues Stück „Nathan Messias“, inszeniert von Neco Celik, aufführt, dann müssen alle zusammen rücken, weil der Saal überquillt, weil die Migranten hungrig sind, nach Geschichten, die mit ihnen zu tun haben. Nicht nur an diesem Abend, sondern an jedem Abend der gesamten Spielzeit.

Warum war Wilsons Inszenierung von „Leonce und Lena“ im ehrwürdigen Berliner Ensemble zu sehen, wohingegen die Inszenierung von Feridun Zaimoglu und Neco Celik im Ballhaus Naunynstrasse? Weil Claus Peymann die beiden türkischstämmigen Künstler nicht eingeladen hat. Und warum nicht? Wäre das Berliner Ensemble Peymanns kleine private Wohnzimmerbühne, wären Nachfragen dieser Art unhöflich. Da es sich gewissermaßen um einen gemeinsamen Besitz handelt, stellt sich diese Frage geradezu verspätet.

Die immer gleiche Gruppe von Kulturschaffenden liegt unter einer warmen Wolldecke, flauschig warm und sicher geborgen. Dass es jenseits des gewohnten Publikums potentielle Zuschauer mit anderen Visionen und Sehnsüchten gibt, kann man nur erfahren, wenn man die Decke hin und wieder lüftet. So geschah es dieses Jahr im Maxim Gorki Theater in Berlin. Der türkisch-deutsche Regisseur Nuran Calis David inszenierte sein „Romeo und Julia“ und übersetzte das Stück konsequent in seine Wirklichkeit von Gegenwart. Die Montagues und Capulets wurden zu einer deutschen und türkischen Gang, die sich das Leben schwer macht und Liebe zerstört. V.E.R.O.N.A. wurde zum Club, Dialoge gerappt, der Theaterraum wurde zum Hexenkessel. Dank Davids Inszenierung konnte das Maxim Gorki an diesem Abend behaupten, dass sich das Theater in eine wirkliche Volksbühne verwandelte. Die

Musikalische Zeichen der Hoffnung

Völkerverständigung durch Musik – dieses Ideal der Jeunesses Musicales Deutschland (JMD) wird im Arab-Jewish Youth Orchestra Israel zur gelebten Überzeugung: Arabische und jüdische Jugendliche proben in der Orchesterarbeit miteinander und erleben so die jeweils andere kulturelle Tradition als musikalische und persönliche Bereicherung. Anlässlich des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs 2008 war das Ensemble auf Einladung der JMD in Deutschland zu Gast. Die Dialog-Tournee war mit einem Begegnungsprogramm zwischen israelischen und deutschen Jugendlichen verknüpft: JMD-Jugendorchester organisierten gemeinsame Ausflüge und luden die Musiker in ihre Familien ein. Denn Völkerverständigung

beginnt da, wo Menschen erzählen, essen, Musik machen und gemeinsam etwas erleben. Am 29.6.2009 erhielt das Arab-Jewish Youth Orchestra in Berlin den mit 20.000 € dotierten Würth Preis der Jeunesses Musicales Deutschland (JMD). In ihrer Laudatio hob die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Katrin Göring-Eckardt den Beitrag des Orchesters zum Friedensprozess im Nahen Osten hervor. Die abgedruckten Fotos zeigen Aufnahmen der Tournee des Arab-Jewish Youth Orchesters in Deutschland. Weitere Informationen im Internet unter www.jeunessesmusicales.de

DIE REDAKTION ■

➔ Fortsetzung von Seite 1

Kultur, eingewickelt in Wolldecken, flauschig warm

Wilmsdorfer Witwe saß neben der Neuköllner Hausfrau, die gebrochen Deutsch sprach. Die arabischstämmige Hauptschülerin teilte sich gemeinsam mit der deutschen Gymnasiastin die Zuschauerreihe. Das Stück wurde vom Feuille-

ton begeistert gelobt, ein großer Erfolg. Wer am Schluss des Theaterstückes nicht klatschte, war die Witwe.

Die hermetische Abriegelung gegen tatsächliche multikulturelle Einflüsse aus dem Inland kann man nicht nur auf den Theaterbühnen beobachten, sondern in allen bedeutenden Kultureinrichtungen. Man muss sich interessieren für andere Geschichten, doch verordnen kann man es nicht. Diese Beispiele wie hier am Theater angeführt, lassen sich auch an deutschen

Museen deklinieren. Wer bestimmt, wessen Bilder gezeigt werden und so weiter. Wieso können bedeutende Denkmäler oder Gebäude nicht dezidiert bei Migranten in Auftrag gegeben werden? Wäre es denkbar, dass das geplante Einheits- und Freiheitsdenkmal von einem türkischstämmigen Künstler geschaffen wird? Wäre es denkbar, dass in der Ausstellung „60 Jahre – 60 Werke“ ganz selbstverständlich auch die Werke von Einwandererkindern, die Künstler geworden sind, zu sehen sind? Wäre

es denkbar, dass in den Podiumsrunden zu Fragen des deutschen Selbstverständnisses und Kulturbegriffes migrantische Geisteswissenschaftler zuhauf sich beteiligen können? Wäre es denkbar, dass im Bundestagsausschuss für Kultur und Medien nur ein einziger Parlamentarier mit Migrationshintergrund sitzt? Denkbar schon.

DIE VERFASSERIN IST FREIE JOURNALISTIN ■

Interkulturelle Perspektive

Dialog und Kooperation mit Migrant*innenorganisationen / Von Susanne Huth

Bürgerschaftliches Engagement fördert gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Dieses Erkenntnis setzt sich zunehmend in Gesellschaft und Politik durch. Gleichzeitig mangelt es jedoch noch immer an gesicherten Erkenntnissen über Ausmaß, Kontexte und Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund sowie an erfolgreichen Strategien für den Dialog und die Kooperation zwischen Migrant*innenorganisationen und anderen (Kultur-)Verbänden.

Das bürgerschaftliche Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund erlangt vor allem seit Ende der 1990er Jahre zunehmende Beachtung. Wurden sie bis dahin eher als Empfänger von sozialen und ehrenamtlich erbrachten Leistungen und Aktivitäten betrachtet, hat ein Perspektivwechsel stattgefunden, der das Engagementverhalten und die Engagementpotenziale von Menschen mit Migrationshintergrund in den Mittelpunkt des Interesses rückt. Das Hauptaugenmerk liegt dabei darauf, in welchen Zusammenhängen sich Menschen mit Migrationshintergrund engagieren: Dem gemeinsamen Engagement mit Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft werden allgemein Integrationswirkungen zugeschrieben, da es soziale Beziehungen und das gemeinsame Bearbeiten von Interessen und Anliegen zwischen ihnen und Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft erlaubt. Vorbehalte bleiben jedoch gegenüber dem Engagement in Migrant*innenorganisationen bestehen, verbunden mit der Frage, ob und inwiefern dieses Engagement zu Integration und Partizipation beiträgt oder diese gar behindert. Ausschlaggebend für diese Skepsis ist nicht zuletzt die Tatsache, dass Menschen mit Migrationshintergrund in vielen Bereichen der Bürgergesellschaft unterrepräsentiert sind und noch immer Unkenntnis über Aktivitäten und Leistungen von Migrant*innenorganisationen herrscht.

Ausmaß und Kontexte

Bei der Betrachtung von Engagementpotenzial und -verhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen ist unabhängig vom Migrationshintergrund festzustellen, dass hierfür sozio-strukturelle Merkmale und Lebensstile bestimmend sind (Gensicke, Th. et al.: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004. Wiesbaden 2006). Die Bereitschaft, sich zu engagieren, hängt vor allem von Bildungsniveau und sozialem Status ab. Es liegt zudem nahe, dass das Engagementverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund darüber hinaus vom Ausmaß ihrer Integration in den folgenden Bereichen abhängt:

- kulturelle Integration (Sprachkenntnisse, Kenntnis kultureller Verhaltensweisen und Regeln),
- soziale Integration (Interaktionsbeziehungen zur Bevölkerung der Aufnahmegesellschaft) und
- emotionale Integration (Zugehörigkeitsgefühl zur Aufnahmegesellschaft).

Noch immer ist die Datenlage über das bürgerschaftliche Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund, ihre Motivlagen zur Übernahme von Engagementaktivitäten und Barrieren gegenüber einem Engagement unzureichend. Neuere Zahlen einer Repräsentativbefragung (Halm, D./Sauer, M.: Bürgerschaftliches Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Wiesbaden 2007) zeigen, dass 64% der Türkeistämmigen in Vereinen, Verbänden, Gruppen oder Initiativen aktiv sind, wobei eine höhere Bildung und eine längere Aufenthaltsdauer in Deutschland die Beteiligungsquote begünstigen. Dieser Anteil entspricht in etwa dem Aktivitätsgrad der deutschen Gesamtbevölkerung (70%).

Über die Beteiligung in Vereinen, Gruppen und Initiativen hinaus sind 10% der Türkeistämmigen

auch ehrenamtlich oder freiwillig engagiert; in der deutschen Gesamtbevölkerung liegt dieser Anteil bei mehr als einem Drittel. Hier ist der Zusammenhang mit dem Bildungsgrad und dem beruflichen und finanziellen Hintergrund noch deutlicher als bei der Beteiligungsquote. Besser integrierte Menschen mit Migrationshintergrund engagieren sich häufiger als solche, die weniger gut in die Gesellschaft eingebunden sind.

Es hat sich gezeigt, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund eher informell in Bereichen der gegenseitigen Hilfe und Selbsthilfe und in Migrant*innenorganisationen engagieren. Das „Migrant*in- bzw. Migrant*in-Sein“ bestimmt dabei die Formen und Inhalte des Engagements, die Bewältigung der eigenen Situation bzw. der Situation der eigenen Gruppe in der Migration steht im Mittelpunkt und ist Anlass dafür, sich zu engagieren.

Rahmenbedingungen und Integrationspotenziale

Seit den 1960er-Jahren entstanden im Zuge der so genannten Gastarbeiterzuwanderung ausländische Kultur-, Freizeit-, Religions- und Betreuungsvereine als Reaktion auf die verschiedensten Notwendigkeiten und Bedürfnisse der Zuwanderer. Bis heute hat sich daraus eine ausdifferenzierte Landschaft von Migrant*innenorganisationen entwickelt (vgl. Hunger, U.: Von der Betreuung zur Eigenverantwortung – Neuere Entwicklungstendenzen bei Migrant*innenvereinen in Deutschland. Münster 2002). Die große Mehrheit der heute in Deutschland eingetragenen ausländischen Vereine wurde in den 1980er- und 1990er-Jahren gegründet; derzeit zählt das Zentralregister des Bundesverwaltungsamts mehr als 16.000 ausländische Vereine. Fast die Hälfte davon sind Kultur-,

Begegnungs- oder religiöse Vereine (Hunger, U.: Ausländervereine in Deutschland. In: Weiss, K./Thranhard, D. (Hg.): Selbsthilfe. Freiburg 2005, S. 221–244).

Migrant*innenorganisationen bieten jedoch häufig neben kulturellen, Freizeit- und religiösen Aktivitäten auch in den Bereichen der Alltagsintegration, der Sprachförderung, der Bildungs- und beruflichen Integration sowie in der politischen und Interessenvertretung eine Vielzahl von Aktivitäten und Leistungen an (Huth 2007). Sie zeichnen sich durch ihren guten Zugang zu Zielgruppen wie Frauen und älteren Menschen mit Migrationshintergrund aus, die institutionellen Integrations- und Begegnungsangeboten eher fern bleiben. Zudem übernehmen sie in Kindertageseinrichtungen und Schulen vielfach Multiplikatoren- und Vermittlungsfunktionen zwischen den Fachkräften und Eltern.

Das bürgerschaftliche Engagement in Migrant*innenorganisationen erfordert dabei von den einzelnen Mitgliedern, dass sie mit aufnahmegesellschaftlichen Behörden, Institutionen und Einrichtungen in Kontakt treten und sich mit den bestehenden kulturellen Konventionen und Regeln befassen. Dies gilt in gewissem Maße sogar für solche Organisationen, die der Aufnahmegesellschaft gegenüber eher verschlossen sind und wenig Kontakte suchen. Die engagierten Menschen mit Migrationshintergrund erwerben so neben sprachlichen auch zahlreiche personenbezogene und Sachkompetenzen, sie erhalten Informationen, Kontakte und Zugänge und gehen soziale Beziehungen ein (Huth 2007).

Die Nutzbarmachung dieser sozialintegrativen Potenziale ist allerdings von den Rahmenbedingungen und Ressourcen der Migrant*innenorganisationen und ihren Kontakten und Kooperationsbeziehungen zu Institutionen der Aufnahmegesellschaft abhängig. Migrant*innenorganisationen leiden häufig unter einem Mangel an

finanziellen, personellen, fachlichen, räumlichen und technischen Ressourcen. Dies behindert ihre Vereinsarbeit und erschwert die Kommunikation und Kooperation sowohl innerhalb der Organisationen als auch zwischen ihnen und der Umwelt.

Viele Migrant*innenorganisationen sehen sich einem Professionalisierungserfordernis in den Bereichen Vereins- und Projektmanagement, Fundraising, Öffentlichkeitsarbeit und Freiwilligenmanagement gegenüber. Es mangelt häufig auch an Kontakten, Kooperationen und Netzwerkbeziehungen zu nicht-migrantischen Organisationen und Institutionen, die Anerkennung sowie Zugänge zu Informationen und Ressourcen ermöglichen könnten.

Dialog und Kooperation mit Migrant*innenorganisationen

Migrant*innenorganisationen sind seit nunmehr nahezu 50 Jahren Bestandteil der deutschen Zivilgesellschaft. Es hat sich eine ausdifferenzierte Organisationslandschaft entwickelt, die noch bis vor einigen Jahren wenig Beachtung fand. Dies hat sich in den letzten Jahren vor allem durch die Debatten um Zuwanderung und Integration, die Integrationsgipfel und den Nationalen Integrationsplan grundlegend geändert. Die Integrationsanstrengungen von Migrant*innenorganisationen sowie ihre Brücken- und Multiplikatorenfunktion werden zunehmend anerkannt. Damit steigt auch der Anspruch an Migrant*innenorganisationen zum Dialog und zur Kooperation. Politik und aufnahmegesellschaftliche Verbände suchen vermehrt Kontakte und stoßen dabei auf die Schwierigkeit, dass viele Migrant*innenorganisationen auf Anfragen gar nicht reagieren oder im Falle gelungener

➔ Seite 3



In einem Schulprojekt in Bad Mergentheim erklären die Musiker des Arab-Jewish Youth Orchestra deutschen Jugendlichen ihre Instrumente. Foto: U. Wüster



Völkerverständigung gelingt da, wo Menschen gemeinsam etwas erleben. Foto: U. Wüster

Rechtliche Grundlagen für Ausländervereine

Von Birgit Jagusch

„Alle Menschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln und zu Vereinigungen zusammenzuschließen“ (Artikel 20, Absatz 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte)

Deutschland ist ein Land der Vereine: Die Palette reicht von A wie Anglerverein über freizeitorientierte Jugendvereine, karitative Vereine, Karnevalsvereine, Sportvereine bis hin zu Z wie Zwerghasenliebhabervereine. So zahlreich die Interessen der Menschen sind, so viele unterschiedliche Vereine widmen sich ebendiesen. So gilt es als Zeichen gelungener Integration, wenn sich Menschen mit Migrationshintergrund ebenfalls in Vereinen zusammenschließen. In vielen Bereichen wird das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund, das aus der Vereinsarbeit hervorgeht, auch schon als positiv und unterstützenswert anerkannt. Die

Bestrebungen zur interkulturellen Öffnung der Jugendverbände, die als einen Bestandteil die Zusammenarbeit mit und Förderung von Vereinen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ansehen, sind ein Indiz für die positive Aufmerksamkeit, die den Vereinen seit einiger Zeit entgegen gebracht wird. Gleichwohl gibt es einige Hürden und Stolpersteine, mit denen sich Menschen mit Migrationshintergrund im Vereinsalltag konfrontiert sehen, die sich aus der rechtlichen Lage ergeben. Dass Vereine von Menschen mit Migrationshintergrund nicht einfach irgendwelche Vereine sind, die sich ins A bis Z der Vereine nahtlos einreihen können, sondern seitens Politik und Recht als etwas Besonderes angesehen werden, für das es einen speziellen Regelungsbedarf benötigt, zeigt schon der Begriff des „Ausländervereins“, der einen Großteil der Vereine subsumiert, die sonst als MSO oder VJM (MSO = MigrantInnenSelbstorganisation, VJM =

Verein von Jugendlichen mit Migrationshintergrund) gelten.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland genießen Vereine generell und die Partizipation von Menschen in Vereinen insgesamt eine hohe Priorität. Unter dem Stichwort der Vereinigungsfreiheit ist das Recht, einen Verein zu gründen, sogar als Grundrecht im Grundgesetz niedergeschrieben. Paragraph 9 Absatz 1 des Grundgesetzes besagt: „Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.“

„Alle Deutschen“? Offensichtlich gilt dieses Grundrecht also nicht für alle in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Menschen. Es handelt sich vielmehr um ein Grundrecht, dessen Anwendungs- und Gültigkeitsbereich sich nur auf deutsche Staatsbürger bezieht. Was aber ist mit denjenigen, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und einen Verein gründen bzw. sich in einem Verein betätigen wollen? Welche Kriterien und Regelungen sind für diese zu beachten?

Das Vereinsgesetz

Das „Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz)“ kodifiziert in der Bundesrepublik Deutschland die Rahmenbedingungen und Grundlagen zur Vereinsarbeit. Im Vereinsgesetz finden sich auch Bestimmungen über „Ausländervereine“. Hier sind die Paragraphen 14 und 15 maßgeblich. Interessant ist hierbei, dass in diesen Paragraphen ausschließlich geregelt wird, wann „Ausländervereine“ verboten oder Betätigungsverbote erlassen werden können, nicht aber, unter welchen Umständen Ausländerinnen und Ausländer das Recht haben, Vereine zu gründen. Das mag auf den ersten Blick als Spitzfindigkeit gelten, unter der Perspektive, welche Rahmenbedingungen die Migrationsgesellschaft den Menschen mit Migrationshintergrund zu gesellschaftlicher Partizipation stellt, ist diese Tatsache jedoch ein Hinweis darauf, dass Partizipation – aus rechtlicher Sicht – nicht uneingeschränkt begrüßt wird.

Wer aber gilt denn nun eigentlich als Ausländerverein?

Unabhängig davon, wie sich ein Verein selber wahrnimmt oder definiert, ob die Mitglieder ihren dauerhaften Lebensmittelpunkt in Deutschland besitzen und sich selber nicht als Ausländer oder Ausländerin wahrnehmen, sind rechtlich gesehen alle Vereine, deren Vorstand oder deren Mitglieder sämtlich oder überwiegend Ausländer oder Ausländerinnen sind, Ausländervereine, ganz unabhängig davon, welche Ziele und Zwecke die Vereine haben (§ 14 Vereinsgesetz, Absatz 1). Der Begriff *Ausländer* bezieht sich in diesem Fall auf die Staatsbürgerschaft. Als Ausländer gelten Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen (§ 2 (1) AufenthG). Vereine, deren Mitglieder oder Vorstand Ausländer und Ausländerinnen eines Mitgliedsstaates der EU sind, gelten dagegen jedoch nicht als Ausländervereine.

Was genau der Begriff „überwiegend“ in den Gesetzestexten bedeutet, wird dort nicht konkretisiert, es ist aber davon auszugehen, dass damit mindestens 50 Prozent der Personen gemeint sind. Um nicht als Ausländerverein zu gelten, müsste ein Verein also nachweisen, dass die Mehrheit der Mitglieder und des Vorstands keine Ausländer und Ausländerinnen sind. Es genügt nicht, dass beispielsweise der Vorstand mehrheitlich die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Das bedeutet für die Praxis der Vereine, dass es nicht nur darauf ankommt, welche Staatsangehörigkeit die Mitglieder des Vorstands haben, sondern auch, welche Staatsangehörigkeiten alle Mitglieder der Vereine haben. Beispielsweise würde auch ein konfessioneller Verein von Katholikinnen und Katholiken, die die brasilianische Staatsangehörigkeit besitzen, in Deutschland rechtlich gesehen nicht als konfessioneller Verein, sondern als Ausländerverein gelten.

→ Fortsetzung von Seite 2

Kontaktaufnahme sich der Aufbau von Kooperationsbeziehungen sehr langwierig gestaltet. Häufig ist deswegen von Unprofessionalität und Unzuverlässigkeit der Migrantorganisationen die Rede. Diese Problematik ist vor dem Hintergrund der beschriebenen Rahmenbedingungen von Migrantorganisationen zu sehen. Zudem fehlen oft überregionale Verbandsstrukturen und strukturelle Einbindungen der Organisationen vor Ort. Schließlich klagen viele Migrantorganisationen auch über mangelnde Anerkennung und vermissen eine Ansprache „auf Augenhöhe“, wenn sie bspw. zur Gewinnung migrantischer Zielgruppen genutzt, nicht aber als gleichberechtigte Partner in die Planung und Koordination von Projekten einbezogen werden sollen.

Um Migrantorganisationen in die Lage zu versetzen, stabile und verlässliche Dialog- und Kooperationsstrukturen aufzunehmen und aufrecht zu erhalten, ist somit eine gezielte Förderung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, auch

mit geeigneten Beratungs-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsangeboten nötig, um die Rahmenbedingungen in Migrantorganisationen zu verbessern. Die Initiierung von Dialog- und Kooperationsbeziehungen mit Migrantorganisationen verlangt zudem von Seiten der aufnahmegesellschaftlichen Organisationen und Institutionen, auf die bislang vorhandenen Rahmenbedingungen Rücksicht zu nehmen sowie eine Ansprache, die an den Kompetenzen der Migrantorganisationen ansetzt und sie als gleichberechtigte Partner anerkennt. Die Erfahrung zeigt, dass der Aufbau von Dialog- und Kooperationsbeziehungen mit Migrantorganisationen persönliche Ansprache und Zeit erfordert. Diese Investitionen sind jedoch für beide Seiten nutzbringend, da Ressourcen gebündelt und gezielt eingesetzt werden können und ein wechselseitiger Kompetenztransfer eingeleitet wird.

DIE VERFASSERIN IST BEREICHSLEITERIN BEI INBAS-SOZIALFORSCHUNG IN FRANKFURT AM MAIN ■

→ Seite 4

➔ Fortsetzung von Seite 3

Was bedeutet das für den Alltag?

Ist es nicht für das Vereinsleben und die Praxis egal, welche rechtliche Bezeichnung ein Verein besitzt? Nein, denn für den Alltag der MSO ergeben sich einige Konsequenzen, die zumindest zeitlich aufwändig sind.

Laut § 19 - 21 der „Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz“) vom 28. Juli 1966 (BGBl. I S. 457), zuletzt geändert durch Artikel 6 Abs. 1 des Gesetzes vom 22. August 2002 (BGBl. I S. 3390) müssen Ausländervereine den örtlichen Behörden Auskunft über ihre Tätigkeit sowie über alle Änderungen der Satzung, der Vorstandsmitglieder (inkl. der jeweiligen Anschriften) geben. Dies muss innerhalb von zwei Wochen nach der

jeweiligen Änderung geschehen, wie sie sich beispielsweise aufgrund von Vorstandsneuwahlen ergibt. Örtliche Behörden sind in der Regel die Ausländerbehörden bzw. die Amtsgerichte. Sie geben die Daten dann gemäß § 22 an das Bundesverwaltungsamt weiter. Dort wird eine Liste, das Zentralregister der Ausländervereine, geführt. Außerdem gilt gemäß § 20:

„(1) Ausländervereine mit Sitz im Geltungsbereich des Vereinsgesetzes haben der nach § 19 Abs. 1 Satz 1 zuständigen Behörde auf Verlangen Auskunft zu geben

1. über ihre Tätigkeit;
2. wenn sie sich politisch betätigen,
a) über Namen und Anschrift ihrer Mitglieder,
b) über Herkunft und Verwendung ihrer Mittel.“

Ein Verein, der nicht mehr als Ausländerverein geführt werden möchte, müsste also nachweisen, dass seine Mitglieder oder Vorstände mehrheitlich deutsche Staatsangehörige sind. Müssten dann Kopien aller Personalausweise gemacht werden, um diese der zuständigen

örtlichen Behörde vorzulegen? Wenngleich theoretisch nicht unmöglich, scheint dies zumindest bei größeren Vereinen praktisch eine recht hohe Hürde zu sein. Auch die Tatsache, dass Vereine, die sich politisch betätigen (hiermit sind keine Parteien gemeint, sondern Vereine, die sich in politischer Hinsicht engagieren), auf Verlangen eine Liste mit den Namen und Anschriften aller Mitglieder abgeben müssen, scheint problematisch. Ebenso ist die Tatsache, dass es keine generelle Vereinigungsfreiheit für Ausländerinnen und Ausländer gibt, ein Einschnitt in die Menschenrechte der hier lebenden Menschen.

Aufgrund der Berichte von Vertretern und Vertreterinnen verschiedener MSO/VJM scheint die konkrete Ausgestaltung der gesetzlichen Vorgaben in der Praxis zu variieren. Generell gilt jedoch, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund, die einen Verein gründen wollen bzw. sich in einem Verein engagieren, nicht die

gleichen Rechte genießen wie deutsche Staatsbürger und Staatsbürgerinnen. Die gesetzlich verankerten Hürden sind hierbei nicht unüberwindbar. Es werden aber durch sie Jugendlichen, die sich engagieren wollen, zusätzliche Steine in den Weg gelegt, die sicher nicht das Gefühl der Jugendlichen fördern, als ein Teil der Gesellschaft anerkannt zu werden.

DIE VERFASSERIN IST REFERENTIN DES INFORMATIONS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUMS FÜR ANTI-RASSISMUSARBEIT E. V. (IDA) ■

Dieser Text ist ein Vorabdruck aus dem Leitfaden mit den Ergebnissen des Projekts InterKulturell on Tour (www.interkulturell-on-tour.de), der Ende 2009 erscheint. Das Projekt unterstützt den Aufbau von Kooperationen zwischen der Internationalen Jugendarbeit und Migranten(selbst)organisationen.

Publika in deutschen Kulturinstitutionen

Von Vera Allmanritter

Wie für Wirtschaftsunternehmen, so gilt auch für den (Hoch-)Kulturbereich: Langfristig wird nur überleben, was nachgefragt wird. Analysiert man das derzeitige Besucherverhalten der deutschen Bevölkerung, stellt sich jedoch bereits heute heraus: Es gibt zwar ein Kernpublikum für kulturelle Angebote, dessen Anteil liegt aber, unterschiedlich nach Kultursparte, deutlich unter 10 % der Bevölkerung. Der Anteil der Nicht-Nutzer kultureller Angebote hingegen liegt bei über 40 % der Bevölkerung, Tendenz steigend. Entsprechend wächst bei vielen Kulturinstitutionen die Furcht vor leeren Häusern (Vgl.: Sievers 2008: 1, 4, Zentrum für Kulturforschung 1991-2005).

Und diese Sorge ist nicht ganz unberechtigt, denn gegenwärtig fallen vor allem zwei gesellschaftliche Trends ins Auge, die sich auf die zukünftige Publikumsentwicklung vieler (Hoch-)Kulturinstitutionen negativ auswirken werden: Erstens die fortschreitende Übersättigung des Kultur-, Freizeit- und Eventmarkts bei zeitgleicher Differenzierung der Nachfrage. Für potentielle (Hoch-)Kulturnutzer sind die Wahlmöglichkeiten durch die stetige Ausweitung des öffentlichen Kulturangebotes und die Konkurrenz privater Anbieter im Kultur-, aber auch generell im Freizeitbereich stark gestiegen. Der Trend auf der Nachfrageseite geht zu einem Nutzer-Typus, den man am ehesten mit den Begriff des „Kulturflaneurs“ (Andreas J. Wiesand) beschreiben könnte: Er nimmt Hochkulturangebote als (Freizeit-)Angebote unter vielen wahr und legt mit wechselnden Präferenzen unabhängig von Sparten oder dem Status des Anbieters nach Lust und Laune mal ein bildungs-, mal ein erlebnis- und mal ein vergnügungsorientiertes Kulturverhalten an den Tag (Vgl.: Sievers 2006: 2; Keuchel 2005: 111ff.; Ehling 2005: 87ff.). Zweitens der demographische Wandel, der für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, somit auch für den Kulturbereich, grundlegenden Konsequenzen haben wird (Vgl.: Sievers 2008: 6ff.; Meyer 2005: 5): Die für Deutschland prognostizierte Schrumpfung der Gesamtbevölkerung wird sich in der Zusammensetzung der zukünftigen Bevölkerung in Form von Alterung und Internationalisierung widerspiegeln. Gleichzeitig ist aufgrund von Abwanderung mit einer Teilentvölkerung ganzer Landstriche zu rechnen (Vgl. Statistisches Bundesamt 2008c; Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2007: 8-25; Meyer 2005: 10).

Um dem Problem sinkender Besucherzahlen entgegenzuwirken, stellt sich die Frage, wie weitere Nachfrage generiert werden kann. Hierfür ist die Anwendung eines strategischen „Audience Development“ von Nöten, das „as an umbrella term to encompass all aspects of promotion, publicity, marketing, public relations, communications and educational programs“ (Morisson/Dalgleish 1992: 7) die wesentlichen Bausteine eines modernen Kulturmanagements zusammenfasst, indem es sich auf die zentrale Bezugsgröße von Kulturinstitutionen bezieht: den Besucher. In vielen Kulturinstitutionen wird in diesem Rahmen ein gezieltes Umwandeln ihrer traditionellen „Angebotsorientierung“ in eine „Nachfrageorientierung“ notwendig sein. Und eine vorausschauende, strategische Entwicklung der zukünftigen Besucher ist eine Querschnittsaufgabe. Hierfür ist nicht eine einzelne Abteilung

zuständig, es ist eine ganzheitliche Ausrichtung der Institutionen auf den Besucher erforderlich, die sich in deren gesamter Aufbau- und Ablauforganisation spiegelt (Vgl.: Siebenhaar 2008, 2009). Audience Development ist in Deutschland allerdings nicht weit verbreitet. Wenn diesbezüglich Bemühungen stattfinden, beziehen sie sich bislang primär auf die kleine, seit etwa 10 Jahren schrumpfende Gruppe derjenigen, die bereits häufig Kulturangebote nutzt. Hier muss ein grundlegender Paradigmawechsel stattfinden: Zukünftig muss verstärkt versucht werden, diejenigen für kulturelle Angebote zu gewinnen, die diese bislang nicht oder kaum nutzen (Vgl.: Sievers 2006: 5).

Eine Bevölkerungsgruppe, die in diesem Kontext seit geraumer Zeit immer wieder in der öffentlichen Diskussion auftaucht, ist die der „Migranten“ bzw. der „Personen mit Migrationshintergrund“. Obwohl der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung bereits im Jahr 2005 in vielen Großstädten sehr hoch lag, z.B. Stuttgart 40 %, Frankfurt am Main 40 %, Nürnberg 37 % (Vgl.: Statistisches Bundesamt 2008a: 16, 2008b), nimmt diese Gruppe bislang scheinbar kaum am (hoch-)kulturellen Leben in Deutschland teil. Für (Hoch-)Kulturinstitutionen stellt sich die Frage, inwieweit sie diese sicherlich nicht homogene Gruppe als potentielles Publikum gewinnen können.

Systematische Untersuchungen darüber, inwieweit sich deutsche (Hoch-)Kulturinstitutionen mit dem Thema „Migranten“ auseinandersetzen, ob sie Migranten als relevante Zielgruppe wahrnehmen, und wenn ja, wie sie diese ansprechen und mit welchem Erfolg, gab es bislang nicht. Für das Zentrum für Audience Development (ZAD) an der Freien Universität Berlin war dies Anlass, unter der Leitung von Prof. Dr. Klaus Siebenhaar zwischen April und Juni 2008 im Rahmen des Forschungsschwerpunkts „Migranten als Publika in deutschen Kulturinstitutionen“ eine Umfrage unter deutschen (Hoch-)Kulturinstitutionen durchzuführen und dazu beizutragen, dass sich der diesbezügliche Kenntnisstand verbessert. Erstmals wurde erforscht, inwieweit sich Kulturinstitutionen mit dem Thema „Migranten“ beschäftigen, inwiefern sie für die Ansprache von Migranten gesonderte Marketinginstrumente einsetzen, welche dieser Instrumente sich als besonders erfolgreich erwiesen und ob sie ihre Bemühungen auf bestimmte Migrantengruppen fokussieren. Die Kulturinstitutionen wurden in diesem Rahmen auch nach dem derzeitigen sowie dem zukünftigen Stellenwert von Migranten als Zielgruppe ihrer Institution gefragt und gebeten, das Themenfeld „Migranten als Publika“ generell zu bewerten. Das Ergebnis ist der aktuelle „Status Quo“ des Themas „Migranten als Publika in

deutschen Kulturinstitutionen“ aus Sicht der Angebotsseite, sprich der Kulturinstitutionen. Zu den zentralen Ergebnissen der Studie gehört, dass der Status Deutschlands als Einwanderungsland offenbar inzwischen auch im (Hoch-)Kulturbereich „angekommen“ ist. Über 50 % der befragten Kulturinstitutionen geben an, dass sie sich mit dem Themenfeld „Migranten“ in unterschiedlicher Intensität auseinandersetzen, und weitere 16 % haben dies zukünftig vor. Kulturinstitutionen, die sich mit diesem Themenfeld beschäftigen, möchten hiermit primär einen Beitrag zur Integration von Migranten leisten (70 %) und – im Sinne der Existenzsicherung – gleichzeitig neue Zielgruppen für ihre Häuser erschließen (55 %). Obwohl fast 80 % der Kulturinstitutionen dies für sinnvoll halten, sprechen derzeit aber nur 27 % von ihnen Migranten gezielt und mit gesonderten Marketinginstrumenten an; weitere 26 % haben dies allerdings zukünftig vor. Diesbezüglich bereits aktive Kulturinstitutionen bewegen sich bei ihrer Arbeit mit bzw. für Migranten nach eigenen Angaben allerdings oftmals noch auf neuem Terrain. Der Einsatz verschiedener Marketinginstrumente muss erst noch ausgetestet und evaluiert werden. Allen Widrigkeiten zum Trotz können Kulturinstitutionen bereits Erfolge verbuchen. Immerhin

➔ Seite 5



Im klingenden Dialog: Oud, eine arabische Laute, und Akkordeon. Foto: U. Wüster

➔ Fortsetzung von Seite 4

rund 60 % der für bzw. mit Migranten aktiven Institutionen geben an, ihre für die Ansprache von Migranten individuell gesetzten Ziele zumindest ansatzweise zu erreichen. Der Einsatz gesonderter Programmformate, insbesondere gesonderter Veranstaltungen oder Veranstaltungsreihen (29 %), sowie mehrsprachige Führungen und die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen (23 %) wird für die Ansprache von Migranten als besonders erfolgreich genannt.

Kenntnisse der derzeitigen Aktivitäten von Kulturinstitutionen mit und für Migranten sind nur ein erster Schritt in Richtung dieser Zielgruppe. Entsprechend wird das ZAD seinen Forschungsschwerpunkt „Migranten als Publika in deutschen Kulturinstitutionen“ zukünftig weiter ausbauen. In Entstehung ist eine Publikation von vertiefenden Gesprächen mit Kulturinstitutionen, die bei ihrer Arbeit mit bzw. für Migranten positiv hervorstechen und über ihre Erfahrungen berichten. Das ZAD plant zudem, da es auch über die Rezeption des deutschen Kulturangebotes durch Migranten bislang nur wenige Untersuchungen gibt, für Herbst 2009 eine Umfrage unter Personen mit Migrationshintergrund. Deren Ziel ist es, an spezifische Informationen u.a. zu deren

Kenntnissen, Interessen und Nutzungsverhalten hinsichtlich kultureller Angebote zu gelangen. Kulturinstitutionen werden damit erstmals gesicherte statistische Daten zur Hand gegeben, auf deren Basis sich eine gezielte, an den Bedürfnissen der Zielgruppe der Migranten ausgerichtete, Marketingstrategie entwickeln ließe.

DIE VERFASSERIN IST KOORDINATORIN DES ZENTRUMS FÜR AUDIENCE DEVELOPMENT (ZAD) AM INSTITUT FÜR KULTUR- UND MEDIENMANAGEMENT DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN ■

Ehling, Manfred (2005): Zeit für Freizeit und kulturelle Aktivitäten. Ergebnisse aus Zeitbudgeterhebungen. In: Institut für Kulturpolitik der kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): Jahrbuch für Kulturpolitik. 2005. Thema: Kulturpublikum. Klartext Verlag: Essen, 87-96.

Keuchel, Susanne (2005): Das Kulturpublikum zwischen Kontinuität und Wandel – Empirische Perspektiven. In: Institut für Kulturpolitik der kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): Jahrbuch für Kulturpolitik. 2005. Thema: Kulturpublikum. Klartext Verlag: Essen, 111-125.

Meyer, Christian (2005): Fachgesprächsreihe. Demografischer Wandel – Konsequenzen für die kulturelle Infrastruktur. Institut für Landes- und

Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen. Fachbereich Stadtentwicklung und Wohnungswesen: Dortmund.

Morison, Bradley G./Dalgleish, Julie G. (1992): Waiting in the Wings. Waiting in the Wings: A Larger Audience for the Arts and How to Develop It. Americans for the Arts: New York.

Siebenhaar, Klaus (2008): „Audience Development oder Die Kunst, neues Publikum zu gewinnen“ Vortrag im Rahmen der Tagung „Audience Development oder Die Kunst, neues Publikum zu gewinnen“ vom 14. bis 16. Februar in Berlin.

Siebenhaar, Klaus (2009): Audience Development oder eine Liebesbeziehung fürs Leben. In: Audience Development oder die Kunst, neues Publikum zu gewinnen. B&S Siebenhaar Verlag: Berlin.

Sievers, Norbert (2008): Kulturelle Teilhabe als Voraussetzung und Ziel aktivierender Kulturpolitik. Fakten und Trends aus der empirischen Kultur- und Publikumsforschung. Vortrag im Rahmen der Tagung „Kultur bewegt“ vom 22. bis 24. Februar 2008 in Tutzing. Stand 06.10.2008 (www.ev-akademie-tutzing.de/doku/programm/get_it.php?ID=785).

Sievers, Norbert (2006): Wie wirken sich die Kulturarbeit und die Kulturpolitik von heute auf die Entwicklungen von morgen aus? Ein Ausblick. Vortrag im Rahmen der Tagung „Demographie und Kultur – eine spannende Beziehung?“ am 27. April 2006 in Oldenburg. Stand 13.08.2008 (www.soziokultur-

niedersachsen.de/.../pdf/publikationen/dokumentation-demografie-und-kultur-komplett.pdf).

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2007) (Hrsg.): Demografischer Wandel in Deutschland 1. Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2008a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2006 (Fachserie 1. Reihe 2.2). Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2008b) (Hrsg.): Pressemitteilung Nr. 105 vom 11.03.2008. Leichter Anstieg der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Stand 14.08.2008 (http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2008/03/PD08_105_12521,templateId=renderPrint.psm).

Statistisches Bundesamt (2008c) (Hrsg.): Pressemitteilung Nr. 281 vom 05.08.2008. Jede vierte Familie in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Stand 14.08.2008 (http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2008/08/PD08_281_122,templateId=renderPrint.psm).

Zentrum für Kulturforschung (Hrsg.) (1991-2005): 1. – 8. Kulturbarometer. Bundesweite Bevölkerungsumfragen. Bonn.

Chancen und Herausforderungen

Die neue „Lese-Mittelschicht“ / Von Heinrich Kreibich

Ein ungewöhnliches Schreiben ging vor einigen Monaten bei der Industrie- und Handelskammer Offenbach ein: Ebubekir Kaynar, Präsident des „Vereins der Dönerbetriebe- und Dönerproduzenten“, skizzierte darin sein Anliegen, neue Ausbildungsberufe einzurichten: „Dönerdreher“ und „Dönerspießer“. Seine Begründung für die Relevanz des Anliegens wird nicht nur ein instruktives Licht auf Ernährungsgewohnheiten – jährlich werden in Deutschland 720 Millionen Dönerportionen verzehrt – sondern auch auf die ökonomische Dimension dieses Branchensegments: Mit einem Umsatz von ca. 2,5 Milliarden Euro jährlich verdienen die bundesweit 10.000 Dönerbuden bzw. -restaurants laut Kaynar mehr als die Ketten McDonalds und Burger King zusammen. Die Dönerbranche ist eine ökonomische Größe – und Kaynar bringt mit seinem Schreiben zweierlei zum Ausdruck: Zum einen, dass aus dieser Größe nicht zuletzt auch bildungspolitischer Handlungsbedarf resultiert, zum anderen, dass die mit diesem Handlungsbedarf konfrontierten Menschen, meist mit türkischem Migrationshintergrund, nicht abwarten, bis dieser Bedarf von der Politik erkannt und operationalisiert wird. Sie werden vielmehr selbst aktiv.

Dönerspieße haben auf den ersten Blick wenig mit Bilderbüchern und Vorlesestunden zu tun – doch das täuscht: Es gibt einen ausgesprochen engen Zusammenhang zwischen Kaynars Initiative und aktuellen Befunden aus dem Bereich Leseförderung. Die jetzt als Publikation vorliegende größte Lesestudie der Stiftung Lesen seit acht Jahren „Lesen in Deutschland 2008“, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, präsenzierte mit der Kernaussage „Jeder vierte in Deutschland liest keine Bücher“ nicht nur ein ebenso erwartbares wie alarmierendes Fazit. Sie wartet in ihrem Zusatzmodul „Migration und Lesen“, bei dem rund 550 deutsch sprechende Menschen mit Migrationshintergrund repräsentativ befragt wurden, mit einem bemerkenswerten Ergebnis auf: 36 Prozent von ihnen lesen ein- oder mehrmals in der Woche und 11 Prozent sogar täglich. Damit greifen sie mindestens ebenso häufig zum Buch wie der Bevölkerungsdurchschnitt mit 34 Prozent wöchentlichen bzw. 8 Prozent täglichen Lesern.

Wohl gemerkt: Die Stichprobe der Befragten mit Migrationshintergrund enthält aus technischen Gründen überproportional hohe Bildungsabschlüsse. Die Ergebnisse dieser Gruppe müssen daher mit Augenmaß interpretiert werden – gleichwohl steht fest, dass gebildete, deutsch sprechende Migranten eine „neue Lese-Mittelschicht“ in Deutschland darstellen. Ihre Mitglieder sind, wie es der Parlamentarische Staatssekretär für Bildung und Forschung Andreas Storm bei Veröffentlichung zentraler Studienergebnisse im Dezember 2008 erklärte: „wichtige Multiplikatoren, um bildungsferne Schichten zu erreichen.“

Das Ergebnis steht nur scheinbar im eklatanten Widerspruch zu den Befunden der 2001 veröffentlichten und bekanntermaßen einen „Schock“ – zumindest in Medienkommentaren und Sonntagsreden – hervorruhenden ersten PISA-Studie. Diese hatte Kinder mit Migrationshintergrund als eine von drei „Risikogruppen“ in Bezug auf misslingende Lesesozialisation identifiziert. Beide Studien beschreiben vielmehr authentisch und auf ihre Weise zutreffend einen Teilausschnitt einer ausgesprochen komplexen Wirklichkeit: „Migranten sind bezüglich Bildung, sozialem Hintergrund und kulturellen Erfahrungen eine äußerst heterogene Gruppe“, betont der Schweizer Medienforscher und Soziologe Prof. Dr. Heinz Bonfadelli in seiner Analyse zentraler Studienergebnisse in Bezug auf das Leseverhalten von Migranten, die im Publikationsband „Lesen 2008“ veröffentlicht ist.

An einem weiteren anschaulichen Beispiel aus dem Bereich Medienforschung belegt Bonfadelli diese Komplexität: Als „dysfunktional“ im Kon-

text von „missglückter“ Ausländerintegration werde in der Debatte häufig das Bild von Familien beschworen, die lediglich das heimatssprachliche Satellitenfernsehen als Medium nutzen. Dieses „Medienghetto“ treffe nur auf einen Teil der großen Gruppe von Migranten zu: Die 2007 veröffentlichte Studie „Migranten und Medien“ der ARD/ZDF-Medienkommission belege, dass in Deutschland fast die Hälfte der Migranten nur deutschsprachiges Fernsehen nutzt. Lediglich 15 Prozent der befragten Einwanderer sehen lediglich heimatssprachige Sendungen.

Dennoch bildet die Gruppe der Migranten in Bezug auf Leseforschungs-Studien nicht einfach eine „Black Box“, die je nach Anlage der Untersuchung so unterschiedliche Ergebnisse emittiert, dass keine konzise Leseförderungs-Strategie ableitbar wäre. Im Gegenteil: „Lesen in Deutschland 2008“ belegt, dass die Faktoren „Bildung“ und „Elternhaus“ auch bei den Befragten mit Migrationshintergrund entscheidende Weichen für eine gelingende Lesesozialisation stellen. Pointiert

formuliert: Befragte aus bildungsorientierten Haushalten bzw. Leser-Haushalten lesen häufiger – unabhängig vom Migrationsstatus. Oder anders gesagt: Der Faktor „Deutsche Sprachkompetenz“ bzw. „Bildung“ ist entscheidend für eine erfolgreiche Lesesozialisation – nicht der Faktor „Migrationshintergrund“.

Erfolgreiche Lesesozialisation wiederum findet in Deutschland nur in einem erschreckend begrenzten Maße statt. Jeder fünfte 15-jährige ist laut PISA-Studie akut gefährdet, sein Erwachsenen-Leben als so genannter „Sekundärer Analphabet“ gestalten zu müssen: Er oder sie hat rudimentär lesen gelernt, ist jedoch nicht in der Lage, Texte einer gewöhnlichen regionalen Tageszeitung zu verstehen. Wer nicht richtig lesen kann, liest immer weniger – und liest selbstverständlich auch nicht seinen Kindern vor: Die Bahn-Vorlesestudie 2007 kam, nachdem jahrzehntelang

➔ Seite 6



Vor dem Berliner Reichstag fürs Fotoalbum festgehalten: Israelische und deutsche Jugendliche verstehen sich bestens. Foto: A. Stricker

➔ Fortsetzung von Seite 5

Chancen und Herausforderungen

keine einschlägigen Zahlen vorlagen – zu einem erschreckenden Ergebnis. 42 Prozent aller Eltern von Kindern im „besten Vorlesealter“ zwischen 0 und 10 Jahren lesen ihren Kindern nur selten oder gar nicht vor. Dabei ist regelmäßiges Vorlesen eine entscheidende Basis für erfolgreiche Sprach- und Lesesozialisation. Kinder, denen nicht vorgelesen wird, werden Bildungs- und damit Lebenschancen vorenthalten. Hier wiederum kommt die oben erwähnte „neue Lese-Mittelschicht“ ins Spiel: Bereits seit vielen Jahren engagiert sich die Stiftung Lesen, unter-

stützt von Partnern wie die Deutsche Bahn AG und DIE ZEIT, für ein Netzwerk ehrenamtlicher Vorlesepaten. Diese lesen regelmäßig in Kindergärten, Bibliotheken und Schulen Kindern vor. Häufig in so genannten bildungsfernen Umfeldern. Der jährlich stattfindende bundesweite Vorlesetag im November, an dem im vergangenen Jahr rund 7.500 Vorleserinnen und Vorleser aktiv mitgemacht haben, darunter 715 Politikerinnen und Politiker, ist der mediale Höhepunkt dieser ganzjährig präsenten Initiative. Mehr und mehr bindet die Stiftung Lesen unter dem Stichwort „Vorlesen braucht Vorbilder“ Menschen mit Migrationshintergrund in dieses Projekt ein: Menschen, die aufgrund ihrer Migrations-Biografie die Erfahrung gemacht haben, dass „Bildung“ zu einem wesentlichen Faktor für ein gelingendes, erfolgreiches Leben wur-

de, geben diese Erfahrung als Vorlesepaten in authentischer Weise weiter. Einfach, indem sie ihre Freude an Büchern, an Sprache und Kommunikation an die Kinder vermitteln. Selbstverständlich können Vorlesepaten nicht die alleinige Antwort auf die gravierenden bildungspolitischen Herausforderungen sein, die nicht zuletzt durch die Studie „Lesen in Deutschland 2008“ verdeutlicht werden: Die Bildungs-Infrastruktur im frühkindlichen und schulischen Segment muss dringend und massiv ausgebaut werden – von der Schaffung bzw. dem Ausbau von Bibliotheken bis hin zur Ausbildung, Qualifizierung und Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher. Ein besonders bemerkenswertes Phänomen in der aktuellen Leseförderungs-Entwicklung ist: Auch in diesem Bereich leisten Migranten zunehmend Engagement auch finanzieller und

struktureller Art. Als Beispiel kann erneut Ebu-bekir Kaynar dienen: Neben der oben genannten Ausbildungs-Initiative betätigt er sich als Mäzen des Leseprojektes „Lecture Offenbach“. Ein Investment, das weit über die Gruppe der „neuen Lese-Mittelschicht“ hinaus Signalwirkung haben sollte.

DER VERFASSER IST GESCHÄFTSFÜHRER DER STIFTUNG LEBEN ■

Die Studie „Lesen in Deutschland 2008“. Eine Studie der Stiftung Lesen, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, ist zum Preis von 12,95 Euro bei der Stiftung Lesen erhältlich. Kontakt: Stiftung Lesen, Römerwall 40, 55131 Mainz, Ansprechpartner: Günter Bergmann, Guenter.Bergmann@StiftungLesen.de

Interkulturelle Bibliotheksarbeit in Deutschland

Von Volker Pirsch

Szene an der Information; hier: Zentralbibliothek Hamm Personen: ein junger Inder, gebrochen Deutsch sprechend, seine Frau, auch eine Inderin, gebrochen Englisch sprechend, ein älterer Mann, Indisch sprechend. Der junge Mann übernimmt die Regie. Seine Frau braucht Bücher in einfacher deutscher Sprache, um Deutsch zu lernen. Ich denke zunächst an die kleinen Leicht-Lese-Lektüren. Im Lauf des Gesprächs stellt sich heraus, dass eigentlich Phrasenbücher zur deutschen Alltagssprache gesucht werden. Am besten in Englisch und in Deutsch. Das Ehepaar hat von einer Betreuerin den Tipp bekommen, bei den englischen Büchern zu schauen und diese halt umgekehrt zu lesen.

Der junge Mann wirkt leicht genervt, weil ich seiner Ansicht nach nicht schnell genug verstehe, was er meint. Ungeduldig greift er zum Handy und ruft die Betreuerin an, die mir dann erklären soll, was gesucht wird. Inzwischen komme ich mit der jungen Frau ins Gespräch. Es stellt sich heraus, dass wir ganz gut auf Englisch kommunizieren können. Das wiederum scheint dem Mann nicht zu gefallen. Ich spüre den Druck, dass alles ganz schnell und auf Knopfdruck gehen soll und habe auch noch das Problem, den Bestand nicht wirklich zu kennen, da ich gerade erst in Hamm angefangen habe. Leider ist der Bereich Deutsch als Fremdsprache darüber hinaus total undifferenziert, so dass ich einige Regalmeter durchsuchen muss, um endlich genau das deutsch-englische Phrasenbuch zu finden, das gesucht wurde. Dabei immer das Gefühl, drei Leute im Nacken zu haben. Dass ich mit der jungen Frau direkt kommuniziere, kommt nicht so gut an. Da sie aber diejenige ist, die etwas möchte, richte ich mich zunehmend an sie, den jungen Mann und auch den Vater jedoch im Blickkontakt haltend. Nachdem das gewünschte Buch endlich gefunden ist, kommt die nächste Hürde: die Anmeldung, damit eine Ausleihe überhaupt möglich ist. Der Mann übernimmt wieder die Regie und sagt mir, dass er jetzt seine Frau anmelden will. Ich erkläre die Modalitäten. Die Frau legt einen Pass mit der Aufenthaltserlaubnis der Stadt Hamm vor. Da hier keine Anschrift angegeben ist, frage ich nach einer Meldebescheinigung, so wie es unsere Benutzungsordnung vorsieht. Diese hat sie aber nicht dabei. Ich merke, dass der Mann zunehmend nervöser wird, spätestens nachdem ich darauf hinweise, dass wir zur Anmeldung einen Adressnachweis in Form der Meldebescheinigung brauchen. Diese koste 6 Euro und das sei ihm viel zu teuer, sagt er. (Mir ist die Tatsache in diesem Moment nicht bekannt, dass die Meldebescheinigung 6 Euro kostet. Es ist aber genau so.) Nun will der Mann sich selber anmelden und für die Frau ausleihen. Ich erkläre ihm, dass Ausweise nicht übertragbar seien. Das geht ihm nicht in den Kopf. Es ist doch seine Frau. Das müsse doch gehen. Ich schlage vor, dass wir das als Kompromisslösung erst einmal so machen können. Er legt seinen Personalausweis vor. Ich erledige die Anmeldeformalitäten. Dann stellt sich heraus, dass er kein Geld dabei hat, um die Leihgebühren zu bezahlen. Auch hier bin ich kompromissbereit und stunde die Gebühren bis zum nächsten Mal. Mit Handschlag verabschieden wir uns freundlich. Die Kunden wirken zufrieden und ich wische mir den Schweiß von der Stirn als sie weg sind.“ (Bericht der Hammer Bibliothekarin und Interkultur-Beauftragten der Stadtbücherei Elisabeth Klempnauer).

Das ist bibliothekarische Gegenwart in weiten Teilen Deutschlands: Geht man nicht nach Passinhabern, sondern legt man Mikrozensus-

Untersuchungen zugrunde, liegt der Anteil von Migranten an der Gesamtbevölkerung in vielen der größeren deutschen Städte oberhalb von 25%. In Hamm sind es 27%, in Ballungszentren wie Frankfurt hat schon etwa jeder zweite migrantischen Hintergrund.

Öffentliche Bibliotheken sind für Migrantinnen und Migranten in Deutschland längst wichtige Anlaufstellen, wenn es um Orientierung in der neuen Heimat geht. In Deutschland ist das vielleicht (noch?) nicht so ausgeprägt wie etwa in Kanada; aber auch hier sind Migrantinnen und Migranten regelmäßige Kunden in Öffentlichen Bibliotheken, auch diejenigen, für die das Leben in Deutschland gerade beginnt: Ob Materialien zum Deutsch Lernen, Informationen über das Leben in Deutschland, Lernhilfen für Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Muttersprache oder ob muttersprachliche Literatur: Bibliotheken leisten durch die Bereitstellung zahlloser Medien einen wichtigen Beitrag zur Integration von alleingesessenen und neu zugezogenen Migrantinnen und Migranten und beziehen Migrantinnen und Migranten als Zielgruppe in ihre Angebote bewusst mit ein.

Mit der Beschaffung von Medien und der Formulierung von muttersprachlichen Informationen für diese Leserschaft taten sich die Bibliotheken bisher allerdings schwer. Wer hat schon Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einschlägigen Fremdsprachenkenntnissen im Team, wenn es um die Formulierung einer Benutzerinformation gibt? Oder: wie kann man in einer Kleinstadtbibliothek einer türkischen Leserin, die z. B. nach einer Diabetes-Diät, die ihren Essgewohnheiten entspricht, weiter helfen?

Um den deutschen (speziell Öffentlichen) Bibliotheken Arbeitshilfen an die Hand zu geben, hat sich im Jahr 2006 die Expertengruppe (demnächst als Kommission) „Interkulturelle Bibliotheksarbeit“ im Deutschen Bibliotheksverband auf den Weg gemacht. Eines der konkreten Projekte der Expertengruppe war die Erstellung (und anschlie-

ßende Pflege) eines interkulturellen Webportals. Derartige Webportale sind in Skandinavien (und anderen Ländern) schon seit etwa 10 Jahren üblich.

In Deutschland konnte das Portal „Interkulturelle Bibliothek“, das sowohl Bibliothekskunden als auch Bibliothekarinnen und Bibliothekaren bei ihrer Suche nach der richtigen Information in zahlreichen Sprachen Hilfestellung leistet, im Herbst 2008 in den Echtbetrieb gehen. Das Portal wird vom Deutschen Bibliotheksverband DBV gehostet und ist sowohl über dessen Bibliotheksportal (www.bibliothekportal.de) als auch direkt über www.interkulturellebibliothek.de aufrufbar.

Dieses neue Portal weist zwei Ebenen auf:

- eine bibliotheksfachliche Ebene mit Texten und Links zu allem, was es im deutschsprachigen Raum zur interkulturellen Bibliotheksarbeit gibt (u. a. Integrationskonzepte [national, kommunal, bibliotheksbezogen]; Fachliteratur; Fachforen, Organisationen und Verbände; praktische Beispiele aus anderen Bibliotheken im In- und Ausland und nicht zuletzt auch Beschaffungsquellen für fremdsprachige Medien),
- ein Sprachenportal als Sprungbrett für mehr als 20 Sprachen: die in Deutschland wichtigsten Migrantensprachen, die um Deutschland herum gesprochenen sowie die weltweit meist gesprochenen Sprachen: Albanisch, Arabisch, Bosnisch-Serbisch-Kroatisch, Chinesisch, Dänisch, Englisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Japanisch, Kiswahili, Niederländisch, Persisch, Polnisch, Portugiesisch, Russisch, Spanisch, Tamil, Thai, Türkisch, Vietnamesisch. Auch dabei: mehrsprachige Quellen sowie Deutsch als Zweitsprache.

In jedem „Sprachensprungbrett“ finden sich – soweit verfügbar – Nachweise fremdsprachiger Bestände in öffentlichen Bibliotheken in Deutschland sowie Links zu Texten für die bibliothekarische Arbeit, zu multilingualen Glossaren und Online-Wörterbüchern, zu mehrsprachigen Online-Auskunftsdiensten sowie zu zahlreichen

Informationsportalen, von elektronischen Nachschlagewerken bis hin zu Gesundheitsinformationen sowie zur Sprach- und Leseförderung.

Ein wichtiges Thema der kommenden Jahre wird sicher die interkulturelle Sensibilisierung der Bibliotheksmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sein: Die eingangs vorgestellte Situation ist nicht zufällig als Beispiel gewählt, weist sie doch eine Vielzahl von Kulturen auf, die man als Mitarbeiter(in) erkennen und beherrschen muss. Das bedeutet: In den Bibliotheken muss über Fortbildungen eine ungeheure Menge an Knowhow über die Gewohnheiten anderer Kulturen vermittelt werden, wie man mit derartigen zunächst ungewohnten Situationen umgeht.

Darüber hinaus werden wir uns in Deutschland bemühen müssen und wollen, Bibliotheksmitarbeiterinnen und -mitarbeiter mit Migrationshintergrund, zumindest aber Freiwillige, besser amerikanisch „Volunteers“, systematisch zu gewinnen.

In Europa sind Dänemark und Großbritannien mit breit angelegten Kampagnen schon ein Stück des Wegs gegangen; wir deutschen Bibliothekarinnen und Bibliothekare müssen uns hier rasch öffnen und unseren migrantischen Kunden in der Zukunft zunehmend häufiger die Möglichkeit bieten, auf vertraute Gesichtszüge, vertraute Mimik und Gestik und vertrautes Verhalten zu stoßen – erst dann werden sie sich in unseren Häusern wirklich zu Hause fühlen.

Bei dem Prozess, eine nationale Strategie für migrantisches Bibliothekspersonal zu entwickeln und durchzuführen, wird die Kommission „Interkulturelle Bibliotheksarbeit“ in der näheren Zukunft sicher eine tragende Rolle übernehmen.

DER VERFASSER IST STELLVERTRETENDER FACHBEREICHSLIETTER KULTUR DER STADTBÜCHEREIEN HAMM UND VORSITZENDER DBV-EXPERTENGRUPPE „INTERKULTURELLE BIBLIOTHEKSARBEIT“ ■



Konzertprobe im Glashaus des Jüdischen Museums Berlin. Foto: U. Wüster



Das temperamentvolle Ensemble begeistert das Konzertpublikum. Foto: U. Wüster

Museen für Interkultur

Von Vera Neukirchen

Wenn von der Museumslandschaft in Deutschland die Rede ist, sprechen wir von einer Vielfalt von Einrichtungen, die naturwissenschaftliche Sammlungen sowie kulturhistorische und technische Museen, Kunstmuseen gleichermaßen wie historische Museen sowie unterschiedlichste Spezialmuseen umfasst.

So abwechslungsreich sich diese Museumslandschaft darstellt, so unterschiedlich sind auch die Herausforderungen an sie. Die veränderte und sich weiter wandelnde Bevölkerungszusammensetzung bedeutet für alle Einrichtungen ein grundsätzliches Umdenken. Bei der Vermittlung ihrer Inhalte müssen die Museen gleichermaßen bildungsnahe und bildungsferne Besuchergruppen ansprechen, Menschen deutscher und nichtdeutscher Herkunft einbinden sowie Angebote für Jung und Alt entwickeln. Neue Qualifikationen und Schlüsselkompetenzen wie Teamfähigkeit und Toleranz, gesellschaftliches Engagement, Kommunikationsfähigkeit und Kreativität werden nicht nur von den Bürgern, sondern auch von den Museen erwartet. Der demografische Wandel und das Zusammenleben in einer zunehmend multietnischen, multireligiösen und multikulturellen Gesellschaft konfrontieren die Museen mit neuen Zielgruppen, Maßnahmen und Aufgaben.

Welche Potentiale haben Museen als Orte kultureller Integration?

Ihre Chance liegt darin, dass die Sprache von Kunst- und Kulturobjekten international und multilingual funktioniert. Museumsobjekte warten geduldig auf die Interpretation ihrer jeweiligen Betrachter, gleich ob diese aus der Türkei, aus den USA oder Südafrika stammen, ob sie jung sind oder alt, gebildet oder ungebildet. Der Zugang ist jedem gewährt, der die Auseinandersetzung sucht. Eine Aufgabe ist es, das Interesse hierfür zu wecken.

Museen verstehen sich zunehmend als Orte des Dialogs für Menschen mit unterschiedlichsten Erfahrungshorizonten. Wenige Orte scheinen wohl für den interkulturellen Austausch so geeignet zu sein wie die Museen. Ihre vielfältigen Sammlungen bieten Anregungen, sich mit Phänomenen des kulturellen Wandels auseinanderzusetzen. Die spezifische museale Atmosphäre schafft den dafür erforderlichen und geschützten

Raum, außerhalb eines politischen Kontextes multiperspektivische Interpretation und offene Diskussionen zu ermöglichen und zu Reflexionen anzuregen.

Insbesondere Museen im urbanen Umfeld, die bereits in ihrer täglichen Arbeit vom Strukturwechsel betroffen sind, können auf einen breiten, kreativen Erfahrungsschatz im Umgang mit heterogenen Besuchergruppen verweisen. So bietet etwa ein Völkerkundemuseum mit Ausstellungsstücken aus verschiedenen Ländern Teilnehmern eines Sprachkurses Anlass, miteinander über ihre jeweilige Kultur ins Gespräch zu kommen. In der Auseinandersetzung über das Objekt lernen die Besucher Fragen zu formulieren, Bezüge zu suchen, Assoziationen herzustellen, Erklärungen zu finden bzw. Gefühlen Ausdruck zu verleihen. Ergänzend zum systematischen Spracherwerb kann so auch ein emotionaler Zugang zu Sprache und Kultur stattfinden.

Ob ein Museum nun auf die Überalterung der Gesellschaft mit einem Projekt für Demenzerkrankte reagiert, Programme für Flüchtlings- und Einwandererfamilien auflegt, Führungen von Schülern für Schüler oder Audioguides in verschiedenen Sprachen anbietet, oder ob es sich im Sinne eines Nachbarschaftsmuseums öffnet, um auf kulturelle Gewohnheiten, Glaubens- und Brauchumsfragen oder individuelle Lebensentwürfe seines Umfeldes einzugehen: Museen haben als Bewahrer unseres kulturellen Gedächtnisses das Potenzial und den gesellschaftlichen Auftrag, die Verständigung von und zwischen Kulturen zu fördern.

All dieses sind jedoch nicht ausschließlich Fragen des Potenzials der Museen, sondern auch ihres Etats. Es ist an der Zeit, die vermittelnde Rolle der Museen anzuerkennen, dafür die finanziellen Grundlagen und Voraussetzungen so zu schaffen, dass dauerhafte Kooperation, z.B. zwischen den Bildungseinrichtungen Museum und Schule, ermöglicht werden können.

Kulturelle Bildung – so das Bundesministerium für Bildung und Forschung – eröffnet jungen Menschen durch die „Beschäftigung mit Kunst und Kultur neue Wege für eine umfassende Entwicklung der Persönlichkeit und für eine aktive Lebensgestaltung“. In diesem Sinne fördert auch die Initiative schule@museum des Deutschen Museumsbundes, des Bundesverbandes Museumspädagogik und des BDK – Fachverband für Kunstpädagogik, bereits seit 2004 verschiedene Projekte zwischen Schulen und Museen. Für 2010/2011 hat sich die Initiative zusammen mit den Partnern der Bundeszentrale für Politische

Bildung und der Stiftung Mercator zum Ziel gesetzt, insgesamt sechzehn langfristige Kooperationen zwischen Schulen und Museen zu fördern. Diese sollen als Modelle für die Zusammenarbeit dienen.

Sich den neuen gesellschaftlichen Herausforderungen zu stellen – dies ist nicht nur eine Aufgabe der Kultureinrichtungen, sondern ebenso Aufgabe der Politik, die kulturelle Integration als übergreifende Querschnittsaufgabe verstehen muss. Noch fehlt es an – interkultureller – Erfahrung, vor allem aber an finanzieller Unterstützung sowie an Bündelung von Kompetenzen und einer klaren Definition der Verantwortlichkeiten. Die Akteure in den Kultureinrichtungen benötigen flankierende Maßnahmen, damit kreative Bildungsprozesse dauerhaft etabliert werden können und „kulturelle Bildung“ nicht in einer Formel erstarrt. So sind etwa in den Ministerien der Länder für Bildung und Forschung bzw. für Kultur die Verantwortlichen gefordert, gemeinsam Rahmenbedingungen zu schaffen, um zukünftig Kooperationen zwischen Schulen und Museen in den Schul-Curricula zu verankern. Im Nationalen Integrationsplan „Neue Wege – Neue Chancen“ der Bundesregierung aus dem Jahr 2007 wird der Missstand festgehalten, dass Migrantinnen und Migranten im Kulturleben unterrepräsentiert sind, sowohl im Publikum als auch „auf der Bühne“ durch eigene künstlerische Aktivitäten. Wie es genau um die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten in den inhaltlichen Programmen der Museen, in Gremien, bzw.

beim Personal bestellt ist, ist unzureichend bekannt. Eine vom Deutschen Museumsbund und weiteren Partnern geplante deutschlandweite Bestandsaufnahme von Bildungsprojekten und -programmen in Museen insbesondere für Kinder und Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund und Senioren soll hier in Zukunft für mehr Transparenz sorgen und Aufschluss darüber geben, wo Handlungs- und Verbesserungsbedarf besteht. Die Angebote für diese Zielgruppen werden der Öffentlichkeit über eine Datenbank zugänglich gemacht.

Inzwischen haben sich viele Veranstaltungen und Konferenzen mit Fragen der interkulturellen Bildung und der Kultur als Weg zur Integration beschäftigt. Auch im Jahr 2009 bleibt das Thema relevant, wie Veranstaltungen der nahen Zukunft, etwa zum Thema „Stadtmuseum und Migration“ (Oktober 2009), oder die Jahrestagung des Bundesverbandes Museumspädagogik e.V. zum Thema „Das Eigene und das Fremde. Museen und Integration“ in Kooperation mit dem Museumsdienst Köln (November 2009) zeigen. Auch der Deutsche Museumsbund plant im Sinne des Nationalen Integrationsplanes eine Museums-AG zum Thema „Museum – Integration – Migration“ ins Leben zu rufen und damit das Thema langfristig auf die Agenda (nicht nur) der Museen zu setzen.

DIE VERFASSERIN IST KOMMISSARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN DES DEUTSCHEN MUSEUMSBUNDES E.V. ■

KULTURELLE BILDUNG: Aufgaben im Wandel

Hrsg. vom Deutschen Kulturrat
Kristin Bäßler, Max Fuchs, Gabriele Schulz
und Olaf Zimmermann
489 Seiten, 2009
22,90 Euro, ISBN 978-3-934868-18-2

Bestelladresse:
Deutscher Kulturrat,
Chausseestraße 103,
10115 Berlin, Fax: 030/24 72 12 45,
E-Mail: post@kulturrat.de



Jenseits des Multikulturalismus?

Von Kristin Bäßler

Seit Jahren bewegen wir uns in einem Wirrwarr von Begriffen. Wir versuchen terminologisch zu fassen, in was für einer Gesellschaft wir leben und schaffen es dennoch nicht, zu benennen, worum es eigentlich geht: Um die Frage, wie Politik und Gesellschaft mit dem Thema Migration, Pluralität und Differenz umgehen sollen. Ein Beispiel: Eine Bekannte erzählte mir kürzlich, dass es ihr davor graue, wenn ihre kleine Tochter zur Schule komme: „Wenn ihr Kind im Kindergarten immer noch als „das türkische Mädchen“ bezeichnet würde, wie dann erst in der Schule?“ Meine Bekannte ist Deutsche, genauso wie ihre Kinder. Sie ist hier in Deutschland geboren, wir haben gemeinsam Germanistik studiert. Sie fragte: „Wie lange sollen wir denn noch als Ausländer bezeichnet werden? Macht ein ausländisch klingender Name einen Ausländer?“

Mehrheitsgesellschaft, Minderheiten, Zuwanderungsgesetz, Staatsangehörigkeit, Teilhabe und Partizipation, Integration und Sichtbarkeit, Interessenvertretungen, Ausschließung oder Einschließung, kommunales Wahlrecht und Partizipation, Vielfalt und Differenz, fremd und fern, bekannt und nah? Multikulturalismus, Interkulturalismus, Transkulturalismus? In was für einer Gesellschaft leben wir? Dass dieses Thema kein deutsches, sondern ein globales ist, wurde bei der Tagung „Beyond Multiculturalism“ im Juni dieses Jahres im Berliner Haus der Kulturen der Welt deutlich. Experten aus Wissenschaft, Kultur und Politik, unter ihnen der Historiker David Hollinger, der Anthropologe Arjun Appadurai und der Soziologe Steven Vertovec beleuchteten die Auswirkungen der globalen Migrationsströme und fragten, wie unsere Gesellschaften am Anfang des 21. Jahrhunderts benannt werden können, wenn sie dem einfachen Begriff des Nationalstaates oder einer in sich geschlossenen homogenen Kultur nicht mehr standhalten.

Super-Diversity

Anlass der Tagung war unter anderem das 20-jährige Bestehen des Hauses der Kulturen der Welt, das sich in den vergangenen Jahren immer wieder mit dem Thema Multikulturalismus auseinandersetzte und wo man sich nun fragte: Was kommt nach dem Multikulturalismus, der für viele als gescheitert angesehen wird? „Super-Diversity“? Die Idee dieses Begriffs geht davon aus, dass eine Gesellschaft in sich per se vielfältig und different ist und somit der rechtliche Status, Mehrsprachigkeit, Alter, Bildung und Geschlecht in der politischen Ansprache berücksichtigt werden müssen. Daraus ergibt sich die Frage, welcher Handlungsbedarf und welche politischen Notwendigkeiten daraus entstehen. Welchen Einfluss haben die globalen Migrationsströme für die Definitionen von Nationalstaaten und ethnischer Herkunft? Was bedeutet die zunehmende gesellschaftliche Vielfalt für Institutionen in Politik und Kultur? Wie wirkt sich die wachsende Diversität auf das Kulturverständnis aus? Und wie gehen Kultureinrichtungen mit einer transnationalen Gesellschaft unter Berücksichtigung ihrer Interessen um?

Teilhabe – Partizipation

Ein Schlüsselthema, das bei den verschiedenen Panels der Tagung immer wieder auftauchte, war die Teilhabe. Dieses wurde zum einen auf inhaltlicher Ebene diskutiert, wie beispielsweise öffentliche Verwaltungen und Kultureinrichtungen interkulturell geöffnet werden können. So erklärte die Journalistin Mely Kiyak in ihrem Vortrag, dass Migranten und ihre Geschichten in der Kulturlandschaft in Deutschland kaum sichtbar gemacht würden. Kiyak argumentierte, dass es für sie keine Quoten in Hinblick auf Migranten in Kultureinrichtungen geben müsse. Sie machte aber deutlich, dass das, was in den deutschen Kultureinrichtungen gezeigt würde, selten das wäre, was sie, die Tochter türkisch-kurdischer Eltern (und viele andere auch) interessieren würde. Das liege einfach daran, so Kiyak, dass die Geschichten der Migranten und deren Kinder in den Geschichten und Stücken der Theater und Opernhäuser nicht gezeigt werden. So müsse man sich auch nicht wundern, dass die Zielgruppe der Migranten weniger Hochkultureinrichtungen besucht, als die „bio-deutsche“ Gesellschaft (Kiyak). Zum



Verleihung des Würth Preises der Jeunesses Musicales in Berlin. Foto: M. Darchingner

anderen wurde der Begriff „Teilhabe“ an sich diskutiert. Wer bestimmt, woran teilgenommen wird und wer davon ausgeschlossen wird? Und vor allem: Wie können Teilhabe und Partizipation erreicht werden? Wer bestimmt, wer Intendant des städtischen Theaters oder des Opernhauses wird? Wer entscheidet über die Zusammensetzung der kommunalen Räte? So wurde die Frage nach Teilhabe bei der Tagung im Haus der Kulturen der Welt noch weiter gezogen, nämlich hin zur politischen Teilhabe und Partizipation. Wenn aber viele Zugewanderte, die bereits seit Jahrzehnten in Deutschland leben, nicht einmal auf kommunaler Ebene wählen dürfen, weil sie als Drittstaatenangehörige nicht das kommunale Wahlrecht haben, dann stellt sich die Frage, wie Mitbestimmung faktisch gewährleistet werden kann. Das kommunale Wahlrecht gäbe die Möglichkeit, Politik entscheidend mitzugestalten, so der Integrationsbeauftragte von Berlin, Günther Piening, bei dem Panel „Teilhabe schaffen – Welche Politik braucht die Einwanderungsgesellschaft?“. Diese Diskussion rief die Frage nach Machtverhältnissen auf den Plan und die Frage, wo die Bürgerbewegungen sind, die die Teilhabeungerechtigkeiten anmahnen und helfen, sie zu beenden, wie in dem von Mark Terkessidis moderierten Abschlusspanel „Beyond Multiculturalism – Herausforderungen an die Einwanderungsgesellschaft“ diskutiert.

Was kommt nach dem Multikulturalismus?

Zusammenfassend drei zentrale Thesen der Tagung: David Hollinger führte in seinem Vortrag aus, dass die Idee des Multikulturalismus überholt sei. Nicht über die Hautfarbe dürfe beispielsweise Differenz aufgezeigt werden, sondern über Faktoren, die über das Ethnische hinaus gehen, wie Bildungshintergrund oder wirtschaftliche Lage. Steven Vertovec lehnt den diffusen Begriff Multikulturalismus ebenfalls ab und plädiert stattdessen für das Konzept der Super-Diversity, wobei es bei ihm grundsätzlich nicht um Begriffe, sondern immer um deren Inhalte gehen muss. Und Arjun Appadurai warb dafür, dass man eine neue philosophische Herangehensweise für das Thema Multikulturalismus nutzen sollte

und schlug hierfür den Begriff der „conviviality“ (Geselligkeit/Fröhlichkeit) vor. Worüber wird gesprochen, wenn von Multikulturalismus oder dem neuen Begriff „Super-Diversity“ die Rede ist? Das Problem ist, und das wurde bei der Tagung deutlich, dass durch Begriffe Differenzen hergestellt werden, die der Realität nicht entsprechen. In der Diskussion um „Menschen mit Migrationshintergrund“ wird implizit immer eine kulturelle bzw. ethnische Differenz gezogen. „Mit“ und „ohne Migrationshintergrund“ werden als kulturelle Differenzen gegenübergestellt, wobei diese häufig soziale Differenzen sind. Diese einseitige Unterscheidung oder Differenzierung wurde auch bei dem Panel „Einwanderungsland Deutschland – Eine Bestandsaufnahme der Migrationsdebatte“ deutlich, als die Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung „Ungenutzte Potentiale? Zur Lage der Integration in Deutschland“ vorgestellt wurde. Bereits im Januar dieses Jahres ging ein Raunen durch das Einwanderungsland Deutschland, als das Berlin-Institut als ein Ergebnis ihrer Studie medienwirksam bekannt gab, dass insbesondere bei den aus der Türkei stammenden Einwanderern große Integrationsmängel bestünden. So warnte Rita Süßmuth, die damalige Vorsitzende des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration, im Haus der Kulturen der Welt davor, mit solchen Ergebnissen Propaganda zu machen, weil sie das Zusammenwachsen und die gegenseitige Akzeptanz massiv zurückwerfen würde.

In was für einer Gesellschaft leben wir? Ist sie multikulturell, interkulturell oder gar transkulturell? Scheinbar werden in der politischen und medialen Diskussion um das Thema Migration Bezeichnungskategorien gebraucht. Dass diese Bezeichnungskategorien aber irgendwann nicht mehr greifen, weil sie nicht mehr in der Realität verankert sind, ist auch ein Ergebnis der globalen Migrationsströme. Die Frage nach der Herkunft beispielsweise kann so einfach nicht mehr beantwortet werden, wenn jemand seit 16 Jahren in Berlin lebt, in Frankreich geboren ist, und seine Eltern aus dem Kongo stammen, wie der Autor Wilfried N'Sondé eindrucksvoll bei einem der Panels schilderte. Immerhin ist längst unstrittig, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.

Diese Tatsache hat zur Folge, dass Deutschland mit Sicherheit nicht monokulturell ist. Neu ist diese Erkenntnis nicht – sie wurde nur 40 Jahre politisch ausgeblendet. Und diese jahrzehntelange Verleugnung ist der Grund, warum es so notwendig erscheint, Begriffe zu finden, die erklären, wie sich Deutschland zu seiner Vielfalt in seiner ganzen Bandbreite verhält. Begriffe machen Situationen nicht immer besser, sie unterstreichen aber das Bewusstsein einer Gesellschaft gegenüber seiner Pluralität.

DIE VERFASSERIN IST WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Impressum

interkultur

interkultur erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitung politik und kultur, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

ISSN 1867-5557

Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14,
Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de
E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion

Olaf Zimmermann (verantwortlich),
Gabriele Schulz, Kristin Bäßler,
Andreas Kolb

Verlag

ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout

ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Gefördert vom Bundesministerium für
Bildung und Forschung